



HESSISCHER LANDTAG

31. 10. 2024

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Ein Keller ist kein Luxusgut! Baukosten senken, Deponien und Recyclingbaustoffe in den Fokus nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Sofortprogramm zur Erweiterung bestehender Deponiekapazitäten zu starten, damit in Hessen wieder ausreichend Platz für Bauabfälle zur Verfügung steht. Bürgerinnen und Bürger müssen sich auch in Zukunft noch einen Keller leisten können – dieser darf kein Luxus werden! Die Verhinderungspolitik der letzten zehn Jahre hat zu einer dramatischen Verknappung geführt. Diese Situation treibt die Baukosten in die Höhe, während unnötige Transporte von Bauabfällen in andere Bundesländer die Umwelt zusätzlich belasten. Der Landtag fordert, dass bestehende Deponien umgehend erweitert und die Ablagerungsphasen verlängert werden. Dies ist der erste Schritt, um die Bauwirtschaft zu entlasten und bezahlbares Wohnen zu ermöglichen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Recycling-Baustoffe bei öffentlichen Bauprojekten gleichberechtigt neben Primärbaustoffen auszuschreiben, ohne aber eine starre Quote festzulegen. Produktneutralität bedeutet, dass der beste Baustoff gewählt wird – technisch und ökologisch. Eine verpflichtende Quote stellt keine Lösung dar, sondern ist eine Bevormundung. Der Landtag fordert eine kluge und liberale Baupolitik, die den besten Baustoff in den Fokus stellt.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Verfüllrichtlinie praxisorientiert zu überarbeiten. Für private Bauherren braucht es einfache und kostengünstige Regeln: Es ist unverhältnismäßig, dass Bürgerinnen und Bürger beim Aushub eines Kellers mit teuren Prüfpflichten und Abdeckauflagen konfrontiert werden, die für industrielle Großprojekte gedacht sind. Hessen braucht keine Bürokratiemonster für private Baugruben, sondern handhabbare Lösungen, die bezahlbares Wohnen fördern und unnötigen Bürokratieaufwand vermeiden.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Gemeinden, die durch den Transport und die Entsorgung von Bauabfällen besonders belastet sind, durch prioritäre Infrastrukturmaßnahmen zu entlasten. Dabei sollen Umgehungsstraßen oder der Ausbau bestehender Straßen geplant und umgesetzt werden, um die Verkehrsbelastung in den betroffenen Kommunen zu verringern. Für diese Maßnahmen sollen zeitnah konkrete Umsetzungspläne erstellt werden.

Begründung:

Die Lage ist ernst: In Hessen fehlen dringend benötigte Deponiekapazitäten für Bauabfälle. Das treibt die Baukosten in die Höhe und macht den Kellerbau zu einem Luxusgut, das sich immer weniger Bürgerinnen und Bürger leisten können. Die schwarz-grüne Verhinderungspolitik der letzten Jahre hat nicht nur Deponien verhindert, sondern auch den Recycling-Gedanken verzerrt. Statt mehr Kapazitäten zu schaffen, wurde die Bauwirtschaft durch ideologische Vorschriften blockiert.

Ein Sofortprogramm zur schnellen Erweiterung bestehender Deponien ist notwendig, um sicherzustellen, dass Bauabfälle in Hessen entsorgt werden können. Ohne ausreichende Deponiekapazitäten steigen die Baukosten weiter und der Traum vom Eigenheim wird für viele unerreichbar. Gleichzeitig müssen Recycling-Baustoffe dort eingesetzt werden, wo es sinnvoll ist – ohne starre Quoten, aber mit dem Ziel, die Kreislaufwirtschaft zu stärken.

Auch die Verfüllrichtlinie stellt aktuell eine Hürde dar, die die Baukosten in die Höhe treibt. Die bestehenden Regelungen zum Verfüllprozess sind oft unnötig bürokratisch und verursachen zusätzliche Kosten für Bauherren. Ein praxisorientiertes Vorgehen statt eines Bürokratiemonsters ist dringend erforderlich, um den Verfüllprozess von unbelastetem Erdaushub zu vereinfachen und kostengünstiger zu gestalten, ohne dabei die Umweltstandards zu gefährden. Die Baukosten müssen durch sinnvolle und effiziente Regelungen gesenkt werden, nicht durch überflüssige bürokratische Hemmnisse.

Der Landtag betont, dass eine realistische und bürgernahe Baupolitik erforderlich ist: weniger Ideologie, mehr Praxis. Mit dieser doppelten Strategie können Baukosten gesenkt, die Umwelt geschützt und den Bürgerinnen und Bürgern in Hessen die Möglichkeit gegeben werden, weiterhin bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Wiesbaden, 30. Oktober 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas